sei, aus ihrer haltlos gewordenen Lage die Konsequenzen zu ziehen und, dem Beispiele der Kiewer Rada folgend, sich von Rußland und seinen Bundesgenossen loszulösen.

Der russisch-rumänische Bruch.

Nach in Berlin eingelaufenen zuverlässigen Nachrichten ist die rumänische Gesandtschaft in Petersburg in der Nacht vom 29. zum 30. Januar über Finnland abgereist.

Ein finnischer Protest gegen die Bolschewiki.

Die Berliner Bevollmächtigten der finnischen Regierung lassen dem Wolffschen Telegraphischen Büro folgende Erklärung zukommen:

Herr Trotzki hat in der letzten Sitzung der Friedensdelegation erklärt, daß die gegenwärtige finnische Regierung gestürzt und ersetzt sei durch eine Arbeiter- und Bauernregierung, und daß er keinerlei Hindernisse dafür sehe, daß Abgeordnete dieser Regierung an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk teilnehmen. Demgegenüber erklären wir, daß die Regierung Finnlands keineswegs gestürzt ist, daß sich vielmehr nur im Süden Finnlands eine sozialistische Regierung, unterstützt von russischen bolschewistischen Truppen, vorübergehend der Macht in einem kleinen Teil des Landes ohne gesetzliche Berechtigung, lediglich gestützt auf brutale Gewalt, bemächtigt hat, sowie daß in dieser Regierung keine Bauern sind, die übrigens den bolschewistischen Umtrieben durchgehend, feindlich gegenüberstehen. Die rechtmäßige Regierung, die auf legalem Wege vom Landtage eingesetzt ist, hat die Hauptstadt verlassen müssen, ihre Bevollmächtigten beherrschen aber den größten Teil des Landes, das sich in den Händen der Ordnungsgewalt befindet. Wir sind von der rechtmäßigen finnischen Regierung mit autoritativer schriftlicher Vollmacht versehen, an den Beratungen in Brest-Litowsk als Repräsentanten Finnlands teilzunehmen; wenn irgendeine finnische Delegation berechtigt ist, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, so können nur wir, bzw. die später vom Landtage gewählte größere Delegation, der auch wir zugehören, als Bevollmächtigte des finnischen Volkes in Betracht kommen.

Schweden und Finnland.

Am Sonntag sprachen die Vertreter von 40 schwedischen Zeitungen dem schwedischen Staatsminister und dem Minister des Aeußeren den Wunsch aus, für die freiwillige Teilnahme Schwedens an dem Kampf der finnischen Ordnungsfreunde gegen die Anarchie wirken zu wollen. Beide Minister erklärten, die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß ein offizielles Eingreifen jetzt nicht erfolgen könne.

Eine Ermordung.

Das „Berner Tageblatt" meldet: General Jasiekiewic, der Kommandant des ersten polnischen revolutionären Schützenregiments, wurden von den Bolschewiki ermordet, weil sich seine Truppen weigerten, gegen die Ukraine zu marschieren.

Lenin bildet eine „Rote Armee".

Der Rat der russischen Volkskommissare hat die Bildung einer Roten Armee angeordnet, die als Wall der Macht der Sowjets und im gegebenen Augenblicke als sichere Grundlage für die Ersetzung der regulären Armee dienen wird. Die Rote Armee wird aus den zuverlässigsten Elementen der Arbeitermassen gebildet. Der Eintritt in ihre Reihen steht allen Bürgern der russischen Republik frei, die das Alter von 18 Jahren erreicht haben. Jedes Mitglied der Roten Armee muß bereit sein, seine Kräfte und sein Leben für die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution, der Macht der Sowjets und des Sozialismus zu opfern. Zum Eintritt in die Rote Armee ist es erforderlich, eine Empfehlung der Arbeiterkomitees, der demokratischen Organisationen, die die Leitsätze der Sowjets anerkennen, der Berufs- oder politischen Organisationen oder wenigstens zweier Mitglieder derartiger Organisationen vorzuweisen. Die Soldaten der Roten Armee der Bauern und Arbeiter werden vollkommen vom Staat unterhalten und erhalten außerdem 50 Rubel. Am 29. Januar erfolgte die vorläufige Anweisung von 20 Millionen Rubel an den Rat des Kriegskommissariats für die zur Organisierung der Roten Armee, für die Ausrüstung der Soldaten und den Unterhalt der Familien notwendigen Ausgaben.

Die Entente setzt den Krieg fort.

Amtlicher Bericht über die Versailler Konferenz.

In einem amtlichen Pariser Bericht wird gemeldet, daß der oberste Kriegsrat in seiner dritten Tagung vom 30. Januar bis 2. Februar in Versailles sich eingehend mit den letzten Aeußerungen des deutschen Reichskanzlers und des Grafen Czernin beschäftigte. Er konnte darin keine Annäherung an die „gemäßigten" Bedingungen erkennen, die von den Regierungen der Alliierten aufgestellt worden sind, und entschied, die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten bestehe darin, mit äußerster Kraftanstrengung die militärischen Bemühungen fortzusetzen, bis ein Stimmungsumschwung bei den feindlichen Regierungen und Völkern hervorgebracht werde, der den Abschluß eines Friedens ermögliche. Der oberste Kriegsrat beschäftigte sich des weiteren mit der geschlosseneren und wirksameren Zusammenfassung aller Anstrengungen der gegen die Mittemächte kämpfenden Länder unter Leitung des obersten Kriegsrates. Der Wirkungskreis des Rates wurde erweitert. Es kam zu einer vollen Einmütigkeit sowohl hinsichtlich der militärischen Politik wie hinsichtlich der Ausführung der [illegible]

Eine Rede Lloyd Georges.

Nach einer Londoner Meldung wird Lloyd George Anfang dieser Woche eine wichtige Rede halten, die sich auf die diplomatischen Entscheidungen der Versailler Konferenz stützen wird.

Die Umgruppierung der feindlichen Westfront.

Der „Züricher Tagesanzeiger" meldet: Die Vermischung der englisch-französischen Truppen, die bisher vermieden wurde, greift immer mehr um sich. Nachdem erst kürzlich englische Truppen südlich von St. Quentin zwischen französischen Truppen festgestellt wurden, tauchten neuerdings französische Streitkräfte bei Ypern auf. Diese Vermischung scheint die kommende Vereinheitlichung des Obersten Kommandos vorzubereiten, da es undenkbar ist, daß die auf diese Weise ineinandergeschobenen Truppen zwei verschiedenen Oberbefehlshabern unterstehen.

Die Streiks.

Abgeordneter Dittmann verurteilt.

Aus Berlin wird gemeldet: In der gestrigen Sitzung des außerordentlichen Kriegsgerichtes vor dem Landgericht III stand die Hauptverhandlung gegen den Reichstagsabgeordneten Dittmann von der Partei der unabhängigen Sozialdmokraten an. Der Vorsitzende war Landgerichtsdirektor Leue, Berichterstatter Gerichtsrat Dr. Köhler, Verteidiger die Rechtsanwälte Haase und Dr. Herzfeld. Der Berichterstatter beantragte wegen versuchten Landesverrates in Tateinheit mit Vergehen gegen § 9 B des Gesetzes über den Belagerungszustand und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt 6 Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Das Gericht erkannte auf 5 Jahre Festungshaft wegen versuchten Landesverrates in Tateinheit mit Vergehen gegen das Gesetz über den Belagerungszustand und auf zwei Monate Gefängnis wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Gericht nahm das Vorhandensein mildernder Umstände an und erkannte auf Festungshaft, weil es nicht feststellen zu können glaubte, daß die Straftat aus einer ehrlosen Gesinnung entsprungen ist.

Aus den Ausführungen des Angeklagten Dittmann ist hervorzuheben, daß es sich seiner Meinung nach um einen Demonstrationsstreik handelte, der nur drei Tage dauern sollte.

Abflauen der Streikbewegung.

Aus Berlin wird gemeldet: Den Arbeiten in den kleineren und mittleren Betrieben, die bereits am Sonnabend ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hatten, haben sich gestern auch die Ausständigen einer Anzahl größerer Betriebe angeschlossen. Was die unter militärischer Aufsicht stehenden Betriebe betrifft, so ist die Arbeit hier zum Teil ebenfalls wieder aufgenommen worden.

Aus München wird berichtet: Einigungsverhandlungen, die zwischen den von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei geführten Ausständigen und der sozialdemokratischen Partei angebahnt wurden, waren von Erfolg begleitet. In einer Sonnabend abend abgehaltenen Sitzung erklärten die Streikführer, unter dem Druck der Verhältnisse sich der Aktion der sozialdemokratischen Partei anschließen zu wollen. Damit ist die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Münchner Betrieben am Montag früh gesichert. Die Streikbewegung in München hat also nach vier Tagen Dauer ihren Abschluß gefunden. Störung der öffentlichen Ruhe war im Verlauf der Bewegung nicht zu verzeichnen.

In Kiel und Hamburg ist die Arbeit, ebenso wie in Westdeutschland fast in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

Staatssozialismus und freie Wirtschaft.

Eine Kundgebung des Hansabundes.

Der Hansabund erläßt folgende Kundgebung:

Der Hansa-Bund hat nie verkannt, daß manche gemeinwirtschaftliche Gedanken und Einrichtungen unerläßlich waren und sein werden, hat aber dennoch in seinen Richtlinien betont, daß er eintrete, „für freie Bewegung und Entwicklung von Gewerbe, Handel und Industrie".

Eine im Anschluß an die Kriegswirtschaft, obwohl diese die schwersten Fehler und Mängel aufgewiesen hat, immer stärker hervortretende und immer gefährlicher werdende Gegenströmung macht es dem Präsidium des Hansa-Bundes zur Pflicht, den Kampf um die Freiheit der gewerblichen Entwicklung aufzunehmen. Zu diesem Zwecke schlägt das Präsidium dem Direktorium und Ausschuß folgende Ergänzung der Richtlinien vor:

„Der Hansa-Bund wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß auch in Zukunft die Eigenwirtschaft die feste und sichere Grundlage unserer Gesamtwirtschaft bleibe. Es ist ein Lebensinteresse des Staates und der Gesamtwirtschaft, den freien und selbständigen, zur Berücksichtigung der Forderungen auch des Gemeinwohls durchaus geeigneten und gewillten Privatbetrieb zu erhalten, der auch den richtig verstandenen Interessen der Arbeiter Rechnung trägt. Die Tatkraft und Entschlußfähigkeit, die Schaffensfreude und der Wagemut des persönlich verantwortlichen und auch innerlich mit dem Unternehmen eng verknüpften selbständigen Unternehmers wird mehr denn je mitzuwirken haben bei der Wiederherstellung und Mehrung des Wohlstandes, der Leistungsfähigkeit und des Ansehens des Vaterlandes. Im Interesse der dringend erforderlichen Entfesselung aller produktiven Kräfte, der Wiederherstellung des Mittelstandes und der Freizügigkeit sowie des Emporsteigens der Angestellten zu selbständigen Unternehmern wird daher der Hansa-Bund [illegible] Ausschließung und Beschränkung des freien Handels auch in der Friedenswirtschaft und zur Bevormundung von Industrie, Gewerbe und Handwerk führt und führen muß. Es macht dabei keinen Unterschied, ob diese zwangswirtschaftliche Bevormundung in der Form direkter, beamtlich geleiteter Staatsmonopole oder in der Gestalt formell kaufmännisch geleiteter, aber tatsächlich staatlich gelenkter monopolistischer Schein-Privatbetriebe erfolgt.

Ebenso wird der Hansa-Bund energisch auftreten gegen jedes längere Fortbestehen und gegen jede Neuschaffung solcher Zwangssyndikate, die, im Gegensatz zu freien Vereinigungen der Beteiligten, hinsichtlich ihrer Gründung, Leitung, Verwaltung und Auflösung behördlicher Entscheidung unterliegen."

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Eine Mandatsniederlegung.

Dresden, 4. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt ein Schreiben des sozialdemokratischen Abgeordneten Richter-Chemnitz an den Präsidenten zur Verlesung, in welcher er mitteilt, daß er sich infolge Berufswechsels (er ist Gauleiter in Chemnitz und Vertreter des 47. ländlichen Wahlkreises) und Beschränkung seiner freien Zeit gezwungen sehe, sein Mandat niederzulegen. Das Haus genehmigt die Niederlegung.

Nach Bewilligung einiger Etatskapitel steht zur Besprechung die Interpellation Brodauf, Dr. Dietel, Schwager, die

Aufhebung der Grenzsperre gegen Oesterreich

betr. — Abg. Schwager (Fr. Vp.) begründet die Interpellation: „Ist die Regierung bereit, bei den zuständigen militärischen Stellen die unverzügliche Aufhebung der kostspieligen Grenzsperre gegen das verbündete Oesterreich zu verlangen, die, ohne den Zweck der Spionageverhinderung erfüllen zu können, nur erhebliche Schädigungen und Belästigungen, namentlich der Anwohner an der sächsisch-böhmischen Grenze, mit sich bringt?" Als vor zwei Jahren, so führt Interpellant aus, eine ähnliche Interpellation zur Besprechung gelangte, habe die Regierung zugesagt, die vorgebrachten Beschwerden in wohlwollender Weise zu prüfen. Es sei aber von einem Entgegenkommen gegen die Grenzbewohner nichts zu verspüren, die Verhältnisse seien eher schlimmer als besser geworden.

Kriegsminister von Wilsdorf.

Das Gesamtgebiet der kriegführenden Mittelmächte reiche von Flandern bis Mesopotamien, von Riga bis Venetien. Innerhalb diesen großen Gebietes finden operative Verschiebungen und Maßnahmen statt, deren Geheimhaltung von allergrößtem Werte ist. Eine Kontrolle der Grenze nur gegen die Neutralen genügt nicht. An alle möglichen Erleichterungen ist immer gedacht worden, aber an die Aufhebung des Grenzschutzes kann die Oberste Heeresleitung nicht herantreten. Frei von allen Bedenken sind die Anstrengungen unserer Feinde, durch einen Späherdienst sich Kenntnis von den militärischen und wirtschaftlichen Vorgängen in Deutschland und bei seinen Verbündeten zu verschaffen, unsere Heeres- und Marine-Werkstätten, Vorräte an Munition und Lebensmitteln und unsere Verkehrsmittel zu zerstören, sowie die innere Widerstandskraft des Volkes zu lähmen. Nur der Eingeweihte kann sich ein Bild machen von dem Umfange dieses Späherdienstes, von der Zahl der dabei beteiligten Personen und der Mannigfaltigkeit ihrer Masken. Erfolge dieser feindlichen Machenschaften könnten die verhängnisvollsten werden. Es muß daher alles getan werden, um sie zu verhindern oder wenigstens zu hemmen. Die Oberste Heeresleitung hat anerkannt, daß der Grenzschutz das Verdienst in Anspruch nehmen kann, unseren Aufmarsch gegen Serbien, Rumänien und Italien in seiner Geheimhaltung besonders unterstützt zu haben. In den Jahren 1916 und 1917 sind allein im Bereiche des 12. Armeekorps 358 flüchtige Gefangene beim Versuche der Grenzüberschreitung ergriffen worden. Ein Gutachten der Handelskammern Chemnitz, Plauen und Zittau stellt fest, daß nicht alle Grenzbewohner den Wunsch nach Aufhebung der Sperre teilen. Aus den dargelegten Gründen muß ich die Frage wegen der baldigen Aufhebung der Grenzsperre verneinen.

Die Aussprache.

Abg. Donath (kons.) tritt für Aufhebung der Sperre ein, die die Grenzbevölkerung dringend wünsche. Er bezweifle, ob der Grenzschutz das geeignete Mittel sei, die Spionage zu verhindern. Schließlich bittet Redner, die den Gemeinden durch den Grenzschutz entstehenden Kosten auf die Reichskasse zu übernehmen. — Abg. Zimmer (Soz.): Von der Erfassung von Spionen an der Grenze habe man noch nichts gehört. — Abg. Dr. Seyferth (natl.): Der vom Minister aufgestellte Gesichtspunkt der Landesverteidigung erscheine ihm so wichtig, daß die mit der Sperre verbundenen Beschwerden mit in Kauf genommen werden müßten. Namens seiner politischen Freunde richte er an die Regierung die Bitte, alles zu tun, was den Grenzverkehr erleichtern könne, aber für eine Aufhebung der Grenzsperre könnten sie nicht eintreten. — Abg. Dr. Dietel (Fortschr. Vp.): Spionage wird getrieben werden, ob wir eine Grenzsperre haben oder nicht. Letztere sei nur eine unnütze Beschwerung der Bevölkerung. Die wirtschaftlichen Fäden, die durch die Sperre zerrissen würden, würden später nur schwer oder gar nicht wieder geknüpft werden können. — Abg. Linke (Soz.) führt einzelne Fälle von Belästigungen der Bevölkerung durch die Grenzsperre an und verlangt deren Aufhebung. — Abg. Brodauf (Fortschr. Vp.): Den Behörden, die durch ein Telegramm-Trommelfeuer der Vaterlandspartei belästigt würden, sollten lieber die heute hier geäußerten Forderungen vorgelegt werden. Die Grenzsperre sei nur ein Ausfluß der Vielregiererei. Man hänge überall für die Bevölkerung Gefahren auf. Dr. Seyferth habe in völliger Unkenntnis der Verhältnisse gesprochen. (Heiterkeit.) Nur seiner, des Redners, List (Heiterkeit) sei es zu verdanken, daß er nicht bis zum Ende des Krieges in Oesterreich bleiben mußte. (Heiterkeit.) (Abg. Dr. Schanz ruft: Das ist ein königlich sächsischer Landgerichtsrat! Abgg. Brodauf und Fleißner entgegnen: Sie Denunziant! Große Unruhe. Der Präsident ermahnt, beleidigende Ausdrücke zu unterlassen.)

Nächste Sitzung: Mittwoch.